



Fachleute diskutierten über neue Wege für Langzeitarbeitslose. „Die unterschiedlichen Träger in der Region müssen zusammenkommen“, war ein Vorschlag.
Foto: Hohenschue

Verschiedene Träger sollen zusammenarbeiten

Herzogenrath: 150 Fachleute diskutierten mit Arbeitsminister Laumann

Von Thomas Hohenschue

Was kann vor Ort für die 450 000 Langzeitarbeitslosen in Nordrhein-Westfalen getan werden? An ihnen geht schließlich der Aufschwung völlig vorbei – und Hartz IV verbessert ihre Situation ebenso wenig. Über die richtigen Wege diskutierten Ende März mehr als 150 Fachleute mit Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann im Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath.

Zugleich erörterten die Vertreter von ARGEN, Arbeitsloseninitiativen, Kirche und Gewerkschaft die großen Chancen, die in einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik liegen. Im Interesse der Arbeitslosen müsse man zwischen Aachen, Düren, Mönchengladbach und Krefeld zusammenschließen.

Zu Beginn der Tagung schenkte Minister Laumann den Teilnehmern reinen Wein ein: „Künftig gibt es ein Drittel weniger Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds, und ich

werde das Geld nicht mit der Gießkanne für eine Vielzahl von Einzelprojekten verteilen, sondern eindeutige Akzente setzen.“

Laumann will nur noch Aufgaben fördern, die nicht vom Sozialgesetzbuch II abgedeckt sind. Prioritäten setzt der Minister zum Beispiel in der Bildungsförderung für benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt. Große Hoffnungen setzt er auch auf die Instrumente Kombi-lohn und flexibler Mindestlohn.

In eineinhalb Jahren will Laumann keine Beratungszentren für Langzeitarbeitslose mehr fördern. Hier erklärte Dr. Willy Schäffer, Abteilungsleiter im Arbeitsministerium: „Dies bedeutet nicht automatisch das Aus für die Einrichtungen. Die Frist lässt fairen Raum, vor Ort Lösungen zu suchen.“

Kooperation soll ohnehin, so ein Fazit der Tagung, das Prinzip der Zukunft sein. ARGEN und Träger von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sollten sich in jeder Region ebenso an einen Tisch set-

zen wie Kirchen, Gewerkschaften und Kammern.

Man könne hier anknüpfen an die bewährte Arbeit in der regionalisierten Strukturpolitik, betonte etwa Heinz Kaulen vom DGB Region NRW Süd-West. Auch der Runde Tisch des Bischofs zu Aachen wurde als ein Erfolgsbeispiel von Zusammenarbeit zugunsten benachteiligter Mitbürger genannt.

Große Sorge bereitet allen Beteiligten die Haltung der Kommunen. Vielerorts entzögen sie sich ihrer Mitverantwortung mit dem Verweis, für die Langzeitarbeitslosen sei nun der Bund zuständig. Aber auch um die Lebensbedingungen dieser Bürger müsse sich eine Stadt kümmern.

„Lassen Sie nicht alles laufen und liegen“, appellierte Hermann-Josef Kronen vom Koordinationskreis Kirchlicher Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen. An diesem Tag verhallte der Appell ins Leere – denn unter der enormen Zahl von Tagungsgästen ließ sich kaum ein Kommunalvertreter blicken.